

PROTOKOLL

über die 11. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau am
Donnerstag, den 23.05.2019,
Sitzungssaal des Stadthauses, Schürenkamp 16, 49324 Melle

Sitzungsnummer: UKSuT/011/2019
Öffentliche Sitzung: 19:00 Uhr bis 21:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

George Trenkler

Mitglied CDU-Fraktion

Werner Altemöller
Karl-Heinz Gerling
Dieter Niermann
Günter Oberschmidt

Mitglied SPD-Fraktion

Horst Ballmeyer
Karin Kattner-Tschorn
Bernhard Schürmann

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Silke Meier

Mitglied UWG-Fraktion

Peter Mittelberg

Mitglied FDP-Fraktion

Heinrich Thöle

Hinzugewählte

Fritz Mithöfer
Volker Tiemeyer

von der Verwaltung

Stadtbaurat Holger Clodius
Dipl.-Ing. Thomas Große-Johannböcke
B.Eng. Thilo Richter
Dipl.-Ing. (FH) Udo Jakobs-Lüken

ProtokollführerIn

Anke Kuddes

Zuhörer

Gäste insgesamt 4

Abwesend:

Mitglied CDU-Fraktion

Michael Weißler

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 07.02.2019
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Finanzcontrollingbericht für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau zum Stichtag 31.12.2018
Vorlage: 2019/0132
- TOP 7 Untersuchung des geklärten Abwasser der Meller Kläranlagen - Information zum Antrag B90/Die Grünen vom 14.01.2019
Vorlage: 2019/0129
- TOP 8 Erfüllung von Kompensationserfordernissen
Vorlage: 2019/0131
- TOP 9 Aufgabenwahrnehmung und -entwicklung Umweltbüro
Vorlage: 2019/0124
- TOP 10 Abschlussbericht Projekt "Klimaschutzmanagement" und Ausblick auf die zukünftige Aufgabengestaltung
Vorlage: 2019/0123
- TOP 11 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vorsitzender eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Vorstandsmitglieder der Interessengemeinschaft Hochwasserschutz, die als Grundstückseigentümer im Stadtteil Wellingholzhausen direkt betroffen seien, stellen Fragen zum Sachstand Hochwasserschutz in Melle:

Herr Meyer zu Himmern fragt an, in welcher Form die Stadt Melle gewährleiste, dass auch in den benachbarten Kommunen größtmögliche Vorkehrungen für einen Hochwasserschutz getroffen würden.

Herr Große-Johannböcke informiert, dass es im Zuge des laufenden Flurbereinigungsverfahrens Möglichkeiten gäbe, große Rückhaltemöglichkeiten zu schaffen und zu sichern. Dies gelte auch für die Gemeinde Hilter. Dort gebe es auch Überlegungen, eine größere Hochwasserschutzmaßnahme zu schaffen. Allerdings könne hier die Stadt Melle lediglich als Vertreter der Meller Interessen auftreten und die Planungen unterstützen. Weiterhin sei eine finanzielle Unterstützung vorstellbar; ein Grunderwerb derzeit jedoch ausgeschlossen.

Herr Stratmann erkundigt sich, warum seit Beginn des Flurbereinigungsverfahrens vor vier Jahren bezogen auf die Handlungsschwerpunkte in Hilter keine Information hinsichtlich der betroffenen Flächen der Grundstückseigentümer erfolgt sei.

Herr Clodius und Herr Große-Johannböcke verweisen auf die regional begrenzten Zuständigkeiten der Gemeinden bzw. Behörden. Hier sei das Amt für regionale Landesentwicklung (ArL) dafür zuständig, die Gespräche mit den Grundstückseigentümern zu führen. In Melle sei die Stadt frühzeitig an die Eigentümer herangetreten. Dies sei ihr auf dem Gemeindegebiet von Hilter nicht möglich.

Herr Große-Johannböcke hebt hervor, dass er die geplante Maßnahme an der Borgloher Rennstrecke als zielführend bewerte und ausdrücklich begrüße.

Herr Vogelpohl wirft die Frage auf, welche konkreten Abstimmungen und Absprachen zum Thema Hochwasserschutz mit der Gemeinde Hilter erfolgt seien?

Herr Clodius informiert, dass konkret über zwei Flächen mit der Gemeinde Hilter eine Aussprache erfolgt sei.

Herr Große-Johannböcke ergänzt, dass die Stadt Melle zurzeit im ständigen Dialog mit dem ArL und dem Landkreis Osnabrück sei. Seitens des Landkreises gebe es Bestrebungen, am Aubach eine Kombination aus Gewässerentwicklung und Hochwasserschutz zu planen.

Herr Rietmann erklärt, dass Lösungsansätze erkennbar seien, jedoch verbindliche Auskünfte nicht vorlägen. Er fragt, ob der Beschluss der 11. Ortsratssitzung Gesmold am 26.02.2019 bekannt sei.

Herr Große-Johannböcke legt dar, dass die in der 11. Ortsratssitzung Gesmold einstimmig ausgesprochene Empfehlung für eine dezentrale Retention Bestandteil des Hochwasserschutzkonzeptes 2012 sei und sich auf das ganze Stadtgebiet beziehe. Einzelne Maßnahmen seien bereits realisiert; weitere Maßnahmen würden derzeit geprüft. Aufgrund der geringen Flächenverfügbarkeit seien die Grundstücksverhandlungen schwierig und zeitaufwendig. In der nächsten Ausschusssitzung werde über den aktuellen Sachstand informiert.

Herr Vogelpohl bittet um Auskunft, auf welcher Grundlage und welcher Gutachten die bisherigen Hochwasserschutzmaßnahmen der Stadt Melle entstanden seien?

Herr Große-Johannböcke führt aus, dass diverse Einzelmaßnahmen auf Grundlage des Hochwasserschutzkonzeptes 2012 entwickelt worden seien. Dieses Konzept basiere auf den Untersuchungen und Daten des Hochwasserereignisses im August 2010. In einem offenen Dialog werde die Stadt Melle zeitnah über das weitere Vorgehen informieren.

Herr Stratmann fragt an, inwiefern der Stadtrat über die Alternativvorschläge zu Hochwasserschutzmaßnahmen informiert sei.

Herr Große-Johannböcke erklärt, der Rat der Stadt Melle sei hierüber noch nicht in Kenntnis gesetzt worden; die betroffenen Ortsräte seien jedoch über die vorgeschlagenen Alternativstandorte informiert. Das Konzept der Interessengemeinschaft Hochwasserschutz sei direkt an die zuständige untere Wasserbehörde sowie untere Naturschutzbehörde weitergeleitet und der von der Interessengemeinschaft Hochwasserschutz beauftragte Gutachter über die weitere Vorgehensweise unterrichtet worden.

Herr Clodius ergänzt, in einem Planfeststellungsverfahren werde von der zuständigen Genehmigungsbehörde in einem komplexen Verfahren die Zulässigkeit eines Vorhabens und verschiedene Alternativen geprüft. Eine Perspektive zur Entschädigungsfrage hinsichtlich landwirtschaftlicher Flächen solle im Vorfeld eines Planfeststellungsbeschlusses entwickelt werden. Dies erfolge in Abstimmung mit anderen Behörden, wie zum Beispiel Landwirtschaftskammer, ArL sowie dem Landvolk. Über die Ergebnisse werde die Verwaltung in absehbarer Zeit alle Beteiligten informieren.

Herr Stratmann erkundigt sich, inwieweit die Stadt Melle auch Gelder aus dem „Fonds für bezahlbaren Wohnraum und städtebauliche Entwicklung“ für den Hochwasserschutz beantragen werde?

Herr Große-Johannböcke erklärt, ihm sei dieses Förderprogramm nicht bekannt. Er sichert zu, dass eine Prüfung dieser Fördermöglichkeit erfolge.

Anmerkung nach der Sitzung:

Rückfragen beim Landkreis Osnabrück ergaben, dass es sich bei diesem Programm um eine städtebauliche Förderung handele, bei welcher auch erhöhte Kosten für Hochwasserschutzmaßnahmen an Gebäuden gewährt würden. Da die Förderung grundstücksbezogen erfolge, fände dieses Förderprogramm hier keine Anwendung.

Herr Meyer zu Himmern fragt, durch welche Maßnahmen die Stadt Melle sicherstelle, dass der Hochwasserschutz im Stadtgebiet nicht einseitig zu Lasten der Wellingholzhausener Landwirte erfolge?

Herr Große-Johannböcke verweist auf das Hochwasserschutzkonzept. Dort seien verschiedene Maßnahmen zum Schutz vor Hochwasser dargestellt, wie z. B. Retentionsmaßnahmen an Hase/Königsbach, Else, Laerbach und Uhle sowie Verbesserung von Fließwegen und Beseitigung von Fließhindernissen. Für diese Maßnahmen seien, außer an Hase/Königsbach, deren Umsetzung im Rahmen der Flurbereinigung geplant sei, einzelne Verfahren erforderlich.

Abschließend sagt Herr Große-Johannböcke zu, er werde einen ausführlichen Sachstandsbericht zum Hochwasserschutz in der nächsten Ausschusssitzung geben.

Vorsitzender beendet mit Hinweis auf die umfangliche Diskussion die Einwohnerfragestunde.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Einwände werden nicht erhoben, der Tagesordnung wird zugestimmt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 07.02.2019

Herr Große-Johannböcke verweist auf den TOP 9, Seite 10. Korrigierend stellt er fest, dass die Bürgerinitiative nicht an der Veränderung der Rangfolge gelegen sei, da dieses wohlmöglich eine Neiddebatte auslösen könne. Ihre Intention sei es, die Maßnahme als solche voranzubringen und baureif zu machen.

Die Niederschrift zur 10. Sitzung vom 07.02.2019 wird mit 1 Enthaltung genehmigt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Herr Große-Johannböcke berichtet über die zurzeit laufenden Maßnahmen im Tiefbauamt:

- Das Parkdeck Dürrenberger Ring werde saniert und spätestens zum Stadtjubiläum wieder geöffnet sein.
- Im Rahmen der Fahrbahnerneuerung der Ortsdurchfahrten Wellingholzhausen mit voraussichtlichem Fertigstellungstermin Oktober 2019 leiste das Wasserwerk seit einigen Wochen die Vorarbeiten. Das Land Niedersachsen werde im Rahmen einer Vollsperrung Ende Mai mit den Straßenbauarbeiten beginnen und die Stadt Melle – falls erforderlich - die Nebenanlagen ebenfalls sanieren.
- Im Gewerbegebiet Gesmold sei die Straßenbaumaßnahme „Zur Femlinde“ fast abgeschlossen, so dass zeitnah die Sperrung aufgehoben sowie der Bau des Feuerlöschteiches mit Ausnahme der Zaunarbeiten fertiggestellt werde.

- Bezogen auf die Deckenerneuerung Hoyeler Straße seien die jetzigen Asphaltdecken PAK belastet. Die Förderstelle verlange den kompletten Ausbau. Da die deutlich höheren Ausgaben lt. mündlicher Aussage der zuständigen Förderstelle ebenfalls förderfähig seien, werde nach Erstellung des entsprechenden Ergänzungsantrages - im Nachgang der bereits erfolgten mündlichen Zusage – der Zuwendungsbescheid zugestellt.
- Der Parkplatz am Feuerwehrhaus Oldendorf sei - ausgenommen der Grünflächenanlage - fertiggestellt.
- Die Bauarbeiten des Radweges L701 entlang der Gerdener Str. würden termingerecht durchgeführt, so dass die Fertigstellung voraussichtlich im Oktober 2019 erfolge.
- Der Radwegebau L95 entlang der Holterdorfer Straße verlaufe ebenfalls termingerecht, wobei die Verlegung der Leerrohre für den Breitbandausbau Probleme verursache.

Herr Gerling erwähnt, dass die Probleme behoben und Rohre verlegt seien.

- Der Bau einer Schlammentwässerungsanlage mit überdachtem Lagerplatz auf dem Grundstück der Kläranlage Gesmold sei genehmigungsfähig und "aktueller Stand der Technik". Aufgrund diverser Presseartikel zu diesem Thema sei bei den genehmigenden Behörden (Landkreis Osnabrück und Gewerbeaufsichtsamt) die Genehmigungsfähigkeit des beantragten überdachten Lagerplatzes nochmals angefragt und entsprechend bestätigt worden.
- Für das Haushaltsjahr 2019 sei zum Thema Hochwasserschutz ein Projekt geplant worden, das sich derzeit in der Umsetzungsphase befinde. Ein entsprechender Controllingbericht werde zur nächsten Ausschusssitzung vorgelegt.

Im Stadtgebiet Melle werde an verschiedenen Stellen in Sachen Hochwasserschutz und Verbesserung von Oberflächenentwässerung gearbeitet, jedoch seien aufgrund fehlender Flächenverfügbarkeit bislang nur einzelne Vorkehrungen realisiert worden. Die grundsätzliche Notwendigkeit, Maßnahmen zum Schutz vor Hochwasser und urbanen Sturzregen umzusetzen, sei allgemein, aber auch in den von geplanten Maßnahmen betroffenen Gebieten, bekannt, wobei eine Realisierung von verschiedenen Faktoren abhängen würde:

Bezüglich der ungeklärten Entschädigungsfragen seien im Fall einer Überflutung die Modalitäten einer Vergütung für Retentionsflächen festzulegen.

Außerdem werde von betroffenen Grundstückseigentümern eine Verteilung der Belastungen gefordert. Es seien Schutzmaßnahmen, wie Rückhaltungen oder Abflussverbesserungen, an verschiedenen Stellen durchzuführen. Diese dezentrale Retention sei bereits ein Grundsatz des Hochwasserschutzkonzeptes (HWS-Konzept) der Stadt Melle aus dem Jahre 2012. Dieses Konzept betrachte nicht nur einzelne Stadtteile oder lokale Bereiche, sondern die gesamte Stadt Melle. Grundsätzlich kenne Hochwasser keine Grenzen und sei einschließlich der Schutzmaßnahmen kommunal nicht einzugrenzen.

Ein weiterer Aspekt sei die enge Personaldecke bzw. extreme personelle Belastung.

Ständig und kontinuierlich werde im Rahmen des Projektes am Thema Hochwasserschutz und deren Umsetzung an verschiedenen Standorten gearbeitet, bezüglich der Entschädigungsthematik ein Konzept erarbeitet und im Rahmen des Controlling regelmäßig berichtet. Die betroffenen Grundstückseigentümer würden im Rahmen einer entsprechenden Veranstaltung in den kommenden Monaten informiert.

Auf Nachfragen von Frau Meier informiert Herr Große-Johannböcke:

- *Der ILE-Förderantrag bezüglich Deckenerneuerung Hoyeler Straße werde zurzeit bearbeitet und der Bescheid in Kürze erfolgen.*
- *Die Bauarbeiten am Kreisel Gerdener Straße würden demnächst abgeschlossen werden.*
- *Bezüglich Straßenbaumaßnahmen Eickener Straße gelte es noch, einige straßenrechtliche Fragestellungen zu klären. Entsprechende Ausschreibungen würden im Hinblick auf bessere Konditionen im Herbst erfolgen.*

Herr Richter berichtet aus dem Umweltbüro:

- Die Wanderausstellung "Neue Chancen für die Natur" der UN-Dekade Biologische Vielfalt werde mit ca. 30.000 Besuchern als erfolgreich bewertet.
- Im Rahmen des Amphibienschutzes seien an 18 Wanderstellen 5.000 m Schutzzaun aufgestellt worden. Die Auswertung der bisher erfolgten 12 von 17 Rückmeldungen weise insgesamt 11.500 gegenüber 14.500 gezählten Amphibien bei 16 Rückmeldungen im Vorjahr aus. Bezogen auf die einzelnen Wanderstellen gebe es erhebliche Schwankungen; insgesamt jedoch sei die Zahl der gezählten Amphibien – gerade im Hinblick auf den letzten trockenen Sommer - auf dem Stand des Vorjahres.
- Bezogen auf die Neuanlage von Blühflächen im Stadtgebiet sei das Areal am Grönenbergpark neu eingesät und weitere zehn Flächen für die Einsaat vorbereitet worden. Die Bevölkerung werde mittels noch an den Flächen aufzustellender Hinweisschilder über die Zielrichtung dieser Grünflächengestaltung informiert und um Akzeptanz gebeten.

Auf Anfrage von Frau Meier informiert Herr Richter, dass einjähriges und mehrjähriges Regiosaatgut verwendet werde, wobei auf den Meller Kläranlagen ausschließlich mehrjähriges Saatgut gesät worden sei.

Frau Meier appelliert, dass mehrjähriges Saatgut zu favorisieren sei. Indem man Anwohner in diese Maßnahme einbeziehe, könne eine erhöhte Akzeptanz erzielt werden.

Herr Trenkler regt an, dass zwecks Befürwortung von Blühflächen eine verstärkte Pressearbeit sinnvoll sei.

- Vereine, Schulen, öffentlichen Institutionen seien über die Pflanzaktion "850 Bäume für Melle" mit Eingang von 13 Bewerbungen informiert worden, die derzeit hinsichtlich der Rahmenbedingungen geprüft würden.

Herr Gerling und Herr Niermann plädieren dafür, dass die Ortsräte intensiv in die Aktion einzubinden seien, da die Rahmenbedingungen vor Ort nicht angenommen würden.

Herr Schürmann befürwortet, dass aufgrund der geringen Resonanz eine Pressemitteilung sinnvoll sei und empfiehlt, die festgesetzten Kriterien zu ändern.

Herr Clodius und Herr Richter erläutern die festgelegten Vertriebswege. Die Bevölkerung werde über die lokale Presse informiert, dass während des Stadtfestes der Vertrieb von Obstgehölzen an Privathaushalte stattfinden würde. Im Nachgang aller Rückmeldungen werde man die Anträge zuvorkommend prüfen.

Vorsitzender geht davon aus, dass die Pflanzaktion erfolgreich verlaufen werde.

- Im Rahmen des Projektes "KLAr Melle" sei Kontakt zu Kirchengemeinden zwecks Umsetzung von Maßnahmen zum Lebensraum- und Artenschutz an kirchlichen Gebäuden sowie auf verpachteten Flächen aufgenommen worden, bezogen auf Maßnahmen im Bereich "Kiwitt Melle – Alles KLAr für den Kiebitz" eine Geländeschulung für Landwirte durchgeführt und 15 Kiebitzgelege unter Einwilligung der Flächeneigentümer durch ehrenamtliche Gelegemarkierer geschützt worden.

TOP 6 Finanzcontrollingbericht für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau zum Stichtag 31.12.2018 Vorlage: 2019/0132

Der Finanzcontrollingbericht für den Bereich des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau wird zur Kenntnis genommen.

Vorsitzender schlägt vor, den Controllingbericht nicht vorzutragen, da er jedem Mitglied zugänglich sei, sondern sich auf Verständnisfragen zu beschränken.

Herr Schürmann erkundigt sich, ob die im Bericht ausgewiesenen 767.075,55 EUR aus dem Produkt 552-01 Öffentliches Gewässer, I66007-600 Hochwasserschutz Gesmold, zur sofortigen Verfügung ständen, damit die Maßnahme zeitnah beginne, und der ausgewiesene Betrag auch Entschädigungsleistungen beinhalte.

Herr Große-Johannböcke erläutert, dass es sich bei den eingestellten Haushaltsmitteln um Schätzungen handle und alle erforderlichen Hochwassermaßnahmen einschließlich Entschädigungsleistungen über diese Investitions-Nr. zu zahlen seien.

Herr Mittelberg bittet um Auskunft bezüglich der erheblichen Mindereinnahmen bei den Straßenausbaubeiträgen (I66008-101). Die Begründung, dass aufgrund der politischen Diskussion über die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge einzelne Maßnahmen nicht im Haushaltsjahr 2018 abgerechnet werden konnten, sei missverständlich. Der entsprechende Antrag der UWG-Fraktion Melle sei eigentlich am 25.09.2018 gestellt worden und erneut am 20.03.2019. Er fragt an, inwieweit Bescheide nicht versandt worden seien.

Herr Große-Johannböcke erklärt, dass es bei der Abwicklung der erwähnten Straßenerneuerungsmaßnahmen zu zeitlichen Verzögerungen gekommen sei. Der Vorgang würde im Nachgang nochmal geprüft und als Anmerkung zum Protokoll gegeben.

Anmerkung:

Die Abrechnung der Straßenausbaubeiträge ist entgegen des ursprünglichen Zeitplans jedoch erst Anfang 2019 erfolgt, da sich im Rahmen der Baudurchführung Indizien ergeben haben, dass die Baudurchführung günstiger als geplant und bisher kommuniziert durchgeführt werden konnte. Dieser Vorteil sollte in die Abrechnung der Straßenausbaubeiträge weitergegeben werden und deshalb wurde die Abrechnung verschoben, um die notwendigen Kenntnisse für die Kostenentwicklung zu nutzen.

**TOP 7 Untersuchung des geklärten Abwasser der Meller
Kläranlagen - Information zum Antrag B90/Die Grünen vom
14.01.2019
Vorlage: 2019/0129**

Herr Große-Johannböcke lenkt die Aufmerksamkeit auf den zweigeteilten Beschluss zur Untersuchung des geklärten Abwassers auf Mikroplastik und multiresistente Keime.

Erster Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und welche Methoden geeignet sind, multiresistente Keime, Antibiotika und Mikro-Plastik nachzuweisen und die Methoden der Politik vorzustellen.

Herr Große-Johannböcke verweist hierzu auf die den Ausschussmitgliedern bereits zugestellte Antwort des Unternehmens AGROLAB, Kiel. Eine weitere wertvolle Rückmeldung sei die E-Mail von Herrn Klasmeier, Universität Osnabrück; aus der folgendes hervorzuheben sei:

“Die bisherigen Ergebnisse deuten darauf hin, dass ein relativ großer Rückhalt von Mikroplastik in Kläranlagen erreicht wird. Je nachdem, wie viel Mikroplastik tatsächlich im Zulauf sein sollte, geht damit eine Belastung des Klärschlamm einher. Wie bereits gesagt, können wir das aktuell aber noch nicht näher beziffern“.

Besonders bedeutend sei die Aussage, dass Mikroplastik sich überwiegend im Klärschlamm sammle, den die Stadt Melle verbrenne.

Herr Große-Johannböcke erwähnt weiterhin die Firma OKO-Tech GmbH, Hessisch Oldendorf, die zurzeit gemeinsam mit der Universität Stuttgart an einem Forschungsauftrag mit dem Ziel arbeite, eine Methode zum Nachweis von Mikroplastik im Abwasser zu entwickeln. Ein Ergebnis solle Ende des Jahres vorliegen.

Zweiter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Bevölkerung über die Belastung der Kläranlagen und der Umwelt durch problematische Stoffe zu informieren und Vorschläge für Verhaltensänderungen anzubieten. (z.B. keine Medikamente in die Toilette entsorgen)

Herr Große-Johannböcke berichtet, dass über entsprechende Belastungen kaum verlässliche Standards vorhanden seien. Informiert werde die Bevölkerung mittels vorgestellten Flyer des Umweltbundesamtes "Wie entsorge ich Arzneimittel richtig?", die in der Stadtverwaltung sowie in den Apotheken erhältlich seien.

Den Vorschlag Herrn Mithöfers, dass dieser Flyer von den Apotheken gemeinsam mit der jährlichen Medikamentenabrechnung versandt werde, befürwortet Herr Große-Johannböcke.

Vorsitzender wirft ein, dass es sinnvoll sei, die Bevölkerung auch über die Presse zu informieren.

Herr Mittelberg stimmt zu, dass es sicherlich schwierig sei, einen verlässlichen Nachweis bezüglich Mikroplastik in geklärtem Abwasser zu erhalten. Es gebe jedoch Unternehmen, die diese Dienstleistung anböten. Er fordert, dass zwecks Klärung der Gegebenheiten die Verwaltung weiter prüfe, wer geeignete Methoden anbiete.

Herr Clodius und Herr Altemöller bemerken, dass nur eine renommierte Institution zu beauftragen sei, um verlässliche Daten zu erhalten. Der personelle Einsatz im Hinblick auf das Ergebnis sei zu bedenken.

Vorsitzender vertraut auf die Verwaltung, weiterhin zu prüfen, ob und welche Methoden zur Untersuchung von multiresistenten Keimen, Arzneimittel und Mikroplastik geeignet seien. Entsprechend seriöse Prüfergebnisse seien eine gute Basis.

TOP 8 Erfüllung von Kompensationserfordernissen **Vorlage: 2019/0131**

Herr Richter informiert, dass in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 16.10.2014 die Vorlage 2014/0189 zur Bevorratung von Kompensationspunkten mit der Maßgabe, mittelfristig einen städtischen Werteinheitenpool in Höhe von 50.000 ÖWE aufzubauen, einstimmig beschlossen worden sei. Auf der darauf folgenden Vorlage 2015/0090 mit dem Beschluss zum Erwerb ökologischer Werteinheiten aus dem Kompensationsflächenpool Gut Ostenwalde seien über einen Zeitraum von 2016 bis 2019 insgesamt 100.000 ÖWE bevorratet worden. Diese Punkte ständen derzeit vollumfänglich zum naturschutzfachlichen Ausgleich von anstehenden Bauleitplanungen und städtischen Eingriffen zur Verfügung.

Mittels angefügter Power-Point-Präsentation erläutert Herr Richter die Bestandsaufnahme unter Berücksichtigung der städtischen Entwicklung externer Kompensationsbedarfe, die Ermittlung des aktuellen Guthabens in Form ökologischer Werteinheiten sowie die Möglichkeiten, weitere Werteinheiten langfristig zu generieren.

Die Auflistung der offenen Erfordernisse aus alten Verfahren sowie der voraussichtlich bis Ende 2020 anstehenden Kompensationsbedarfe ergebe im Hinblick auf die erfolgten Ausgleichsmaßnahmen und dem zu Kompensationszwecken beantragten Haushaltsnachtrag ein voraussichtliches Guthaben von 25.000 ÖWE Ende 2020. Um den beschlossenen Puffer von 50.000 ÖWE mittelfristig zu halten, sei der Erwerb von weiteren 25.000 ÖWE in 2020 erforderlich.

Herr Richter informiert, dass der Stadt Melle verschiedene Angebote von Ökokontobetreibern vorlägen. Der Unterhaltungsverband Nr. 29 "Else", das Gut Ostenwalde sowie die Landwirtschaftskammer Niedersachsen böten durch verschiedenartige Maßnahmentypen generierte ökologische Werteinheiten an. Die Verwaltung bevorzuge im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit und Sinnhaftigkeit von Fließgewässermaßnahmen den Erwerb ökologischer Werteinheiten aus dem Pool des Unterhaltungsverbandes Nr. 29.

Auf die Frage von Herrn Altemöller, ob am Beutling 47.000 ÖWE generiert seien, erläutert Herr Richter, dass die Umsetzung aufgrund der bisherigen Kalamitäten in Hinblick auf Sturmereignisse, Trockenperioden und Schädlingsbefall ins Stocken geraten sei und aus dem Grund bisher keine Maßnahmenumsetzung stattgefunden habe. Aus forstwirtschaftlicher Sicht sei es derzeit nicht ratsam, gesundes Fichtenholz zu schlagen und den damit ohnehin belasteten Markt zu überfrachten. In geringem Umfang seien Maßnahmen in Absprache mit dem Bezirksförster dennoch bereits in 2019 geplant. Nach vollständiger Umsetzung der geplanten Waldumbaumaßnahmen mit Generierung von ca. 47.000 ÖWE verbleibe ein Defizit von ca. 2.200 ÖWE. Dieses solle mit dem bestehenden städtischen Kompensationsguthaben verrechnet werden.

Herr Schürmann erkundigt sich, ob die Waldfläche von Gut Ostenwalde nach Kyrill entsprechend der naturschutzfachlichen Erfordernisse bewirtschaftet werde. Herr Richter erklärt, dass eine profitable Nutzung dort nicht im Fokus stünde. Die Gutsverwaltung werde fachlich von der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Osnabrück beraten.

Herr Schürmann hebt hervor, dass der Unterhaltungsverband Nr. 29 im Rahmen der Gewässerrandstreifenpflege gegenüber den Grundstückseigentümern den 5 Meter Streifen zu beachten habe und dieser für den Gewässerschutz sinnvoll sei. Herr Richter kommentiert, dass eine entsprechende grundbuchliche Sicherung schwierig sei.

Auf die Frage von Herrn Oberschmidt, ob aus betriebswirtschaftlicher Sicht die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel auch entsprechend wieder eingeworben würden, informiert Herr Richter, dass im Hinblick auf positive Gewerbeentwicklungen entsprechende Einnahmen zu erwarten seien.

Herr Richter gibt auf Anfrage von Frau Meier Auskunft, dass der Etat bezogen auf den Unterhaltungsverband Nr. 29 mit einem Angebot unter 5 EUR je Werteinheit sei. Mittel- und langfristig seien aufgrund von Preissteigerungen, auch bedingt durch eine hohe Nachfrage auf dem Markt, höhere Ausgaben für denselben Umfang ökologischer Werteinheiten erforderlich.

Die weitere Frage Frau Meiers, ob seitens des Unterhaltungsverbandes Nr. 29 bereits konkrete Maßnahmen geplant seien, informiert Herr Richter, dass ein Uferbereich der Uhle aufgewertet sowie zwei Blänken bereits angelegt worden seien. Beide Maßnahmen seien mit einem festen Wert hinterlegt. Seitens des Unterhaltungsverbandes Nr. 29 seien zudem weitere Maßnahmen durchgeführt und deren ökologische Wertsteigerung angeboten worden.

Bezüglich der im Nachtragshaushalt 2020 im Rahmen der Gewerbeentwicklung beantragten 69.800 ÖWE erkundigt sich Frau Meier, ob in diesem Jahr noch weitere Erfordernisse erkennbar seien. Herr Clodius geht davon aus, dass bezogen auf Investitionen keine weiteren Anträge eingehen würden.

Auf Anfrage von Herrn Tiemeyer, unterrichtet Herr Richter, dass zur Generierung ökologischer Werteinheiten die Möglichkeit bestände, die Hegener Flächen in Krumm in Feuchtwiesen umzuwandeln.

Bezogen auf Gut Ostenwalde erkundigt sich Herr Tiemeyer, ob dem Umweltbüro die umgesetzten Maßnahmen einschließlich der entsprechenden Biotopzuweisungen bekannt seien. Bezüglich der Maßnahmen werde das Umweltbüro hinreichend informiert, versichert Herr Richter. Das Gut Ostenwalde biete verschiedene Maßnahmentypen an. Die bisher erworbenen Werteinheiten seien durch Umwandlung von Acker zu Dauergrünland generiert worden.

Herr Richter bestätigt auf Anfrage Herrn Tiemeyers, dass die ehemals festgelegten Maßnahmentypen, wie zum Beispiel Entwicklung von Dauergrünland, weiterhin verfolgt worden seien. Abgebildet über die Umweltberichte der Bebauungspläne seien die Maßnahmen nachvollziehbar umgesetzt und gesichert worden.

Herr Tiemeyer erkundigt sich, ob das Umweltbüro vor Beginn einer Maßnahme informiert werde, in Vorleistung ginge und die Umsetzung zeitnah erfolge. Herr Richter schildert, dass es regelmäßig Ortsbegehungen gebe und der Erwerb der Punkte erst nach erfolgreicher Umsetzung einer Maßnahme erfolge.

Den Vorschlag Herrn Tiemeyers, dass es lohnenswert sei, wenn sich die Ausschussmitglieder alle ein bis zwei Jahre den Flächenpool von Gut Ostenwalde im Rahmen einer Bereisung ansähen, bewertet Herr Richter im Hinblick auf die Umsetzung zuversichtlich.

Herr Thöle lässt wissen, dass er bereits Teilnehmer solcher informativen Bereisungen gewesen sei. Er dankt Herrn Richter für die aussagefähige Präsentation, vermutet jedoch, dass die Stadt Melle mit den angebotenen Punkten des Unterhaltungsverbandes Nr. 29 nicht auskommen werde. Herr Richter hebt hervor, dass vorausschauend auch die zwei weiteren Anbieter zu beachten seien. Frau Meier stimmt zu, dass die Preisentwicklung weiterhin zu beobachten und Gut Ostenwalde nicht nur für Melle ein interessanter Anbieter sei.

TOP 9 Aufgabenwahrnehmung und -entwicklung Umweltbüro Vorlage: 2019/0124

Herr Richter geht auf die im Jahr 2018 erfolgte personelle Umstrukturierung und Neubesetzung im Umweltbüro ein, die eine Bestandsaufnahme des Aufgabenspektrums und Anpassung der inhaltlichen Ausrichtung erfordere. Anhand der angefügten Präsentation legt er im Rahmen der Bestandsaufnahme die wesentlichen Pflicht- und freiwilligen Aufgaben dar. Es sei vorgesehen, die seit Juli 2016 vakante Stelle im Umweltbüro mit einem Freiraumplaner zu besetzen, der sich unter anderem den wandelnden Anforderungen im Bereich Stadtgrün, gestalterische und ökologische Aufwertungen städtischer Flächen sowie Straßenbegleitgrün und landschaftsplanerischen Fragestellungen widmen werde.

Auf die Frage vom Vorsitzenden erklärt Herr Richter, dass mit der Stellenbeschreibung jetzt begonnen werde und die Ausschreibung anschließend erfolge.

Herr Niermann hinterfragt, ob im Rahmen neuer stadtplanerischer Projekte der Baubetriebsdienst in der Lage sei, die entsprechenden Aufgaben zu erledigen oder alternativ private Unternehmen beauftragt würden. Herr Clodius stellt klar, dass bezogen auf die Einstellung eines Freiraumplaners kein Mehraufwand für den Baubetriebsdienst entstehe. Im Bereich Stadtgrün werde unter Berücksichtigung der BBD-Organisationsuntersuchung geprüft, in welcher Form qualitative Standards möglich seien. Ein klassisches Grünflächenamt werde nicht entstehen.

Herr Mittelberg, Herr Thöle sowie Frau Meier setzen sich dafür ein, dass dauerhaft Kontrollen der erledigten Maßnahmen dienlich seien.

Auf Nachfrage von Herrn Schürmann erklärt Herr Clodius, dass es sich bei der Neubesetzung um eine Vollzeitstelle handele, die im Stellenplan ausgewiesen sei.

Frau Meier befürwortet die inhaltliche Neuausrichtung des Umweltbüros. Die frisch angelegten Beete am Forum seien unter Berücksichtigung ästhetischer und ökologischer Belange ansprechend angelegt worden. Förderlich sei es, den Mitarbeitern des Baubetriebsdienstes im naturschutzfachlichen Bereich Fortbildungsmaßnahmen anzubieten. Entsprechende Kontaktdaten könne sie bei Bedarf übermitteln. Auf die Frage, ob auch der Landschaftsplan überarbeitet werde, erklärt Herr Richter, dass im Rahmen der Stellenbeschreibung eine entsprechende Unterstützung berücksichtigt werde.

TOP 10 Abschlussbericht Projekt "Klimaschutzmanagement" und Ausblick auf die zukünftige Aufgabengestaltung Vorlage: 2019/0123

Herr Jakobs-Lüken gibt mittels angefügter Präsentation einen Rückblick auf die Inhalte der mehr als fünfjährigen Projektlaufzeit des Klimaschutzmanagements beginnend mit der Historie, weiterführend mit den Erläuterungen zu den einzelnen Handlungsfeldern sowie abschließend mit einem Ausblick auf die zukünftige Aufgabengestaltung.

Auf die Anmerkung von Herrn Mittelberg, dass der E-Bike-Ladepunkt in Riemsloh noch nicht errichtet sei, erläutert Herr Jakobs-Lüken, dass es Verzögerungen gebe, die Realisierung jedoch erfolge.

Bezogen auf die E-Ladesäulen aus dem Handlungsfeld J "Mobilität" stellt Vorsitzender die Frage, in welcher Form Auswärtige künftig über die jeweiligen Standorte zu informieren seien. Herr Jakobs-Lüken erläutert, dass entsprechende Auskünfte hauptsächlich über Apps abgerufen würden. Geplant sei, die Standorte auf der Homepage der Stadt Melle zu veröffentlichen. Herr Schürmann und Frau Meier betonen, dass eine fortschrittliche, digitale Veröffentlichung der E-Ladesäulen-Standorte förderlich sei.

Auf Nachfrage von Frau Meier bestätigt Herr Jakobs-Lüken, dass sich aktuell alle Standorte in Melle-Mitte befänden, jedoch Anträge aus einzelnen Stadtteilen vorlägen.

Frau Meier plädiert, dass das Energiemanagement in der Stadt Melle verpflichtend verankert, der jährliche Energiebericht dauerhaft im Ausschuss vorgestellt und die Öffentlichkeitsarbeit weiter aktiv fortgesetzt werde.

Vorsitzender dankt Herrn Jakobs-Lüken für die geleistete Arbeit.

TOP 11 Wünsche und Anregungen

Auf Anfrage von Frau Kattner-Tschorn informiert Herr Große-Johannböcke über den aktuellen Sachstand hinsichtlich des verunreinigten Sandbaches. Im Rahmen einer routinemäßigen Gewässerschau des Unterhaltungsverbandes 29 "Else" sei Mitte April ein ausgeprägter Bewuchs mit Abwasserpilzen festgestellt und dessen Ursache von der unteren Wasserbehörde gemeinsam mit der Polizeidirektion Osnabrück ermittelt worden. Es werde von der Einleitung organisch belasteter Abwässer durch den Betrieb einer Biogasanlage ausgegangen, infolgedessen die untere Wasserbehörde den Betreiber aufgefordert habe, die fortgesetzte Verunreinigung zu unterbinden. Zurzeit werde der betroffene Bachabschnitt im Auftrag der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Osnabrück gutachterlich untersucht. Entsprechende Ermittlungsergebnisse würden die zuständigen Behörden des Landkreises Osnabrück veröffentlichen.

Frau Meier wünscht, dass weiterhin die Ausschussmitglieder über Fortschritte hinsichtlich der Flurbereinigung Melle-Gesmold informiert würden. Außerdem sei in der nächsten Pflanzperiode ein abgestorbener Baum im Bereich Wittekindsweg zu ersetzen.

Vorsitzender dankt allen Anwesenden für das lebhafte Interesse.

gez. 01.08.2019
George Trenkler

gez. 30.07.2019
Holger Clodius

gez. 24.07.2019
Anke Kuddes

Vorsitzende/r
(Datum, Unterschrift)

Verw. Vorstand
(Datum, Unterschrift)

Protokollführer/in
(Datum, Unterschrift)